

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglieder CDU-Fraktion:

Beigeordnete Ursula Glaser
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Stellv. Ausschussmitglied Helmut Möhle
Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter

Mitglieder SPD-Fraktion:

Bürgermeister Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Peter Debring
Beigeordneter Karlheinz Föhlinger
Ausschussmitglied Howard Jacques
Beigeordneter Michael Veh

Mitglieder Gruppe Grüne/WBV:

Beigeordneter Stefan Becker
Ausschussvorsitzende Katja Breuer
Ausschussmitglied Michael von den Berg (*fehlte entschuldigt*)

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi:

Ausschussmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Mitglied UWG WHV-Fraktion:

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Oliver Leinert

Von der Verwaltung:

Jens Müll (4)
Arnold Preuß (13)
Insa Rogel (13)
Heike Hansemann (14)
Heiko Diekmann (20)

Protokollführung:

Protokollführer Jörg Engesser

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 22.09.2014	
4	<u>Vorlagen an den Rat:</u>	
4.1	Nachbewilligung zum Haushalt 2014	242/2014
4.2	Verbesserung der Stadtsauberkeit	202/2014
4.3	Neubildung des Zweckverbandes JadeWeserPark	243/2014
5	<u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:</u>	
5.1	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Verwaltungsausschuss	261/2014
6	Angelegenheiten der Rechnungsprüfung: -keine-	
7	<u>Mitteilungen und Anfragen:</u>	
7.1	Restrukturierung der städtischen Beteiligungen	
7.2	Budget- und Produktberichterstattung zum Stichtag 31.08.2014	

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie vorgetragen festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 22.09.2014

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 22.09.2014 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Nachbewilligung zum Haushalt 2014

242/2014

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug Beschlussvorschlag und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Oberbürgermeister Wagner erläuterte den haushaltsrechtlichen sowie sachlichen Hintergrund der vorgelegten Nachbewilligung zum Haushalt 2014. Für die Bewertung der handels- und steuerrechtlichen Relevanz der vorgesehenen Restrukturierung im Konzern Stadt sei ursprünglich ein Haushaltsansatz i.H.v. 74.500 € vorgesehen gewesen. Aufgrund der nun höheren Geschwindigkeit im Restrukturierungsprozess werde bereits in 2014 ein um 115.000 € höherer Betrag für Beratungsleistungen erforderlich.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG die vorgelegte Nachbewilligung nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2014.

4.2 Verbesserung der Stadtsauberkeit

202/2014

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug Beschlussvorschlag und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Jacques stellte für die SPD-Fraktion und CDU-Fraktion folgenden Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage:

1. *Die WEL GmbH optimiert nach der vollständig übertragenen Aufgabe „Restabfallsammlung“ bis zum 30.06.2016 die gesamte Restabfall- und Bioabfallsammlung der Stadt Wilhelmshaven.*
2. *Die Verwaltung erstellt bis zum 31.12.2016 mit Unterstützung des Beraters „Urbane Infrastruktur – Robert Kösling“ einen Wirtschaftlichkeitsvergleich für das Szenario einer Rückführung der Abfallsammlung von WEL auf die TBW.*

Voraussetzung für die Durchführung eines Wirtschaftlichkeitsvergleiches ist eine Vereinbarung zwischen der Stadt Wilhelmshaven, TBW und der Personalvertretung über die zukünftig bei TBW anzuwendenden Elemente des Tarifvertrags Öffentlicher Dienst (TvöD) sowie der zukünftigen Dienstvereinbarungen über Arbeitszeiten, Arbeitszeiterfassung und Gesundheitsmanagement. Eingeschlossen sind auch gesonderte Dienstvereinbarungen zum Thema Arbeitszeit bei den Eigenbetrieben.

3. *Es erfolgt eine einvernehmliche Abstimmung zwischen Stadt und Personalvertretung über die Grundsätze, Kriterien, Arbeitsmaßstäbe und Leistungsansätze in der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung. Dabei sollen auch generell abweichende Leistungen bei TBW (Rüstzeit, Duschzeit etc.) identifiziert und deren Behandlung bei dem Wirtschaftlichkeitsvergleich mit der Personalvertretung abgestimmt werden. Die Anpassungen sind vor dem Hintergrund der Gleichbehandlung auf TBW gesamt zu betrachten.*

Herr Föhlinger teilte mit, der Ergänzungsantrag sei auch bereits im Betriebsausschuss TBW gestellt und beschlossen worden.

Oberbürgermeister Wagner stellte fest, dass die Umsetzung so nicht zulässig sei und bat **Frau Hansemann** um eine Stellungnahme zur beabsichtigten Beauftragung des Beraters „Urbane Infrastruktur – Robert Kösling“. Diese bestätigte, dass aufgrund von Vergabevorschriften mindestens 3 Angebote unterschiedlicher Anbieter einzuholen seien.

Des Weiteren stellte **Herr Wagner** fest, dass es sich um einen separaten Antrag handele, welcher nicht als Änderungsantrag behandelt werden könne.

*An der weiteren Diskussion beteiligten sich **Frau Breuer** sowie die **Herren Barkowsky, Hellwig, Föhlinger** und **Herr Wagner**.*

Anschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Breuer**, zunächst über den Ergänzungsantrag abstimmen:

Ja: 13

Nein: 0

Enthaltungen 1 (Frau Breuer)

Abschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Breuer**, über die Beschlussvorlage einschließlich des Ergänzungsantrages abstimmen:

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- -ergänzt- (bei Enthaltung Frau Breuer)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt eine Verbesserung der Stadtsauberkeit und des Sauberkeitsstandards im Stadtgebiet von Wilhelmshaven herbeizuführen und beauftragt die Verwaltung mit der erforderlichen organisatorischen und personalrechtlichen Umsetzung der damit verbundenen Maßnahmen:

Einsatz von zusätzlichen flexiblen Teams im Stadtgebiet zur Verbesserung der Stadtsauberkeit. Hierbei erfolgt der Einsatz der Mitarbeiter aus dem Bereich der Restabfallsammlung TBW und die Umsetzung des politischen Beschluss aus dem Jahr 2007 die Restabfallsammlung TBW (2 Abfallsammelfahrzeuge) in einem letzten Schritt durch die WEL ausführen zu lassen. Das Projekt Stadtbildpflege (Teamreinigung unter Einbeziehung von Grünflächen im Straßenraum und Einsatz neuer Techniken) bei der Stadtreinigung wird fortgesetzt.

Der Mehraufwand in Höhe von ca. 400 Tsd. € jährlich wird über die Gebühren der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung finanziert. Die Umsetzung der Maßnahmen ist zum 01.01.2015 geplant.

4.3 Neubildung des Zweckverbandes JadeWeserPark

243/2014

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug Beschlussvorschlag und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Hellwig stellte für SPD-Fraktion und CDU-Fraktion den Antrag auf Vertagung auf die Sitzung im November. Man wolle sich zunächst eine abgestimmte Meinung zu einem weiteren Verbleib der Stadt Wilhelmshaven im Zweckverband bilden.

Auf die Bitte von **Oberbürgermeister Wagner** über die Vorlage bereits in heutiger Sitzung abzustimmen um ein negatives Signal im Hinblick auf interkommunale Zusammenarbeit zu vermeiden versicherte **Herr Föhlinger**, der Vertagungsantrag stelle keine inhaltliche Positionierung dar.

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, ließ daraufhin über den Vertagungsantrag abstimmen:

Ja: 13

Nein: 0

Enthaltungen: 1 (*Frau Breuer*)

Beschluss: -vertagt-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt den Beitritt der Stadt Wilhelmshaven zum Zweckverband JadeWeserPark Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven mit der in Anlage 1 vorgelegten Verbandsordnung.
2. Geringfügige, z.B. redaktionelle, Änderungen des Entwurfs, soweit diese im Rahmen der Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde noch erforderlich werden, können vom Verwaltungsausschuss beschlossen werden.

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG 261/2014
durch den Verwaltungsausschuss

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug Beschlussvorschlag und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung(en):

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Herr Dr. med. Uwe Jansen, Appellandstr. 27, 26419 Schortens	1.397,06 €	Spende an den Eigenbetrieb Technische Betriebe Wilhelmshaven zum Aufstellen einer Parkbank im Kurpark

6 Angelegenheiten der Rechnungsprüfung

-keine-

7 Mitteilungen und Anfragen

7.1 Restrukturierung der städtischen Beteiligungen

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, erteilte **Herrn Oberbürgermeister Wagner** das Wort.

Herr Wagner erinnerte daran, dass die vorgesehenen Restrukturierungsmaßnahmen im Konzern Stadt bereits im Rahmen der Klausurberatungen zum Haushalt 2015/2016 ausführlich vorgestellt worden seien. Da die Vorlage jedoch schützenswerte Interessen privater Dritter enthalte, müsse die Beschlussfassung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung erfolgen. Es bestehe jedoch nun die Möglichkeit in öffentlicher Sitzung Grundsatzfragen zu klären.

Herr Föhlinger fragte, ob es möglich sei in die vorgesehene Fusion der WTF (*Wilhelmshavener Touristik und Freizeit GmbH*) mit der WFG (*Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH*) auch die städtischen Bäder zu integrieren. **Herr Wagner** antwortete, dass dies rein rechtlich betrachtet zwar möglich sei, jedoch eine Grunderwerbssteuer von mehr als 1 Mio. € nach sich ziehe und darüber hinaus der steuerliche Querverbund entfallen werde. **Erster Stadtrat Stoffers** ergänzte, der steuerliche Querverbund erlaube es Überschüsse der GEW (*Gas- und Elektrizitätswerke GmbH*) mit Defiziten der SWW (*Stadtwerke Wilhelmshaven*) zu verrechnen. Bei einer Integration der Bäder in die neue Struktur würde diese Möglichkeit entfallen und somit ein finanzieller Schaden entstehen.

7.2 Budget- und Produktberichterstattung zum Stichtag 31.08.2014

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, erteilte **Herrn Engesser** das Wort.

Herr Engesser wies auf die rechtliche Verpflichtung aus § 21 GemHKVO zum Controlling mit unterjähriger Berichterstattung hin. Diese erfolge jeweils zum 30. April sowie zum 31. August eines Jahres. Hierfür werde das zentrale Finanzcontrolling der Stadt (*Kämmerei*) die „IST-Zahlen“ zu den Berichtsstichtagen aus und übergebe diese an die Fachbereiche. Gleichzeitig erfolge jeweils eine Personalkostenhochrechnung durch das zentrale Personalkostencontrolling (*Fachbereich Organisation*). Das dezentrale Controlling in den Fachbereichen fertige dann entsprechende Budgetberichte, welche abschließend in der Kämmerei ausgewertet und zu einem Gesamtbericht gebündelt würden.

Das Haushaltssoll, mit Stand zum 2. Nachtrag, habe bei einem geplanten Defizit i.H.v. 6,93 Mio. € gelegen. Mit Stand zum 31.08.2014 werde nun ein Defizit zum Jahresabschluss i.H.v. 9,88 Mio. € erwartet. Die voraussichtliche Verschlechterung i.H.v. 2,95 Mio. € setze sich, neben einigen Verbesserungen, im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- Teilhaushalt Feuerwehr: 0,84 Mio. € - Gebühren Rettungsdienst, Personalkosten
- Teilhaushalt Umweltschutz und Bauordnung: 0,55 Mio. € - Bauaufsichtliche Verfahren
- Teilhaushalt Finanzen: 0,32 Mio. € - Sonderabschreibungen aus Insolvenzfällen, Beratung Restrukturierung Konzern Stadt
- Teilhaushalt Bildung und Sport: 1,00 Mio. € - Nebenkostenabrechnung GGS
- Teilhaushalt Soziales: 0,62 Mio. € - Geringere Erstattungen, Asylbereich
- Teilhaushalt Allgemeine Finanzen: 5,07 Mio. € - Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen

Zum Thema „Zuführung zu den Pensionsrückstellungen“ ergänzte **Oberbürgermeister Wagner**, dass die Höhe der Zuführung insbesondere auf Besoldungserhöhungen zurückzuführen seien. Desweiteren wies **Herr Engesser** darauf hin, dass die Höhe der Pensionsrückstellungen durch die Versorgungskasse Oldenburg errechnet werde und noch zum 2. Nachtrag statt einer Zuführung in Höhe von 3 Mio. € eine Rückführung i.H.v. 2 Mio. € mitgeteilt worden sei. In Gesprächen mit der Versorgungskasse wurden Maßnahmen für eine künftig bessere Prognose vereinbart.

Zur Liquidität führte Herr Engesser aus:

- Zum 31.12.2013 lagen die Liquiditätskredite bei 80,64 Mio. €. Der für 2014 genehmigte Liquiditätskreditrahmen liege bei 94 Mio. €. Zum 31.08.2014 seien davon 72,07 Mio. € in Anspruch genommen worden. Zum 31.12.2014 werde eine Inanspruchnahme i.H.v. 88,64 Mio. € prognostiziert. Der Liquiditätskreditrahmen erscheine somit auskömmlich.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 14:55 Uhr

Wagner
Oberbürgermeister

Breuer
Vorsitzende

Engesser
Protokollführer